

## **Bürgerinitiative droht DRK mit Strafaktionen**

*Forderung nach flächendeckendem Notruf 112*

Ein neues Bundesgesetz schreibt vor, dass die Notrufverordnung bis zum 1. Juli 2009 umgesetzt sein muss. Davon kann in Baden-Württemberg noch keine Rede sein. Vor allem das Rote Kreuz verteidigt die 19222 nach wie vor als Notrufnummer. Die Bürgerinitiative Rettungsdienst droht dem DRK deshalb Strafaktionen an.



Foto: BilderBox

Die Europäische Union hat die 112 bereits vor zwei Jahren zur alleinigen Notrufnummer in ihren Mitgliedsländern erklärt. Die Bundesregierung schloss sich mit Verspätung im März 2009 diesen Vorgaben an und erließ eine entsprechende Verordnung.

Mit einem Passus der Bestimmungen hat insbesondere das Deutsche Rote Kreuz in Baden-Württemberg seine Schwierigkeiten. Die 112 soll auch in solchen Gegenden die alleinige rettungsdienstliche Notrufnummer sein, die bislang keine integrierten Leitstellen installiert haben. In sieben Landkreisen fehlt bisher dieses moderne Rettungssystem.

Wiederholt machten daher die Bürgerinitiative Rettungsdienst unter dem Vorsitz von Joachim Spohn, aber auch andere Rettungsorganisationen wie die Malteser darauf aufmerksam, dass eine Alarmierung über 19222 zu lebensbedrohenden Situationen für das Notfallopfer führen kann. Wenn die fünfstellige Zahl über ein Mobiltelefon aktiviert wird, läuft der Anruf ins Leere. Ans Ziel kommt der Notruf nur mit der entsprechenden Ortsvorwahl des jeweiligen DRK-Kreisverbandes. Ermutigt durch den Erlass des Sozialministeriums kündigt Spohns Initiative zusammen mit anderen Organisationen wie dem Forum Notfallrettung Stuttgart an, den Druck auf die 19222-Verfechter in den Reihen des DRK zu erhöhen. „Wir werden ab August Schwarze Listen veröffentlichen. In denen steht drin, wer sich weigert, auf den Euronotruf umzustellen“, warnt Spohn. Es könne doch nicht sein, dass die EU, der Bund und das Land entsprechende Gesetze erlassen und einige DRK-Kreisfürsten glauben, sie müssten sich nicht daran halten.

Für DRK-Landesgeschäftsführer Hans Heinz überziehen Joachim Spohn und die Initiative maßlos. „In der Verbreitung des Euronotrufs ist unser DRK wesentlich weiter als andere Bundesländer“, hält Heinz dagegen. In den sieben Kreisen, in denen über 19222 noch Notrufe abgesetzt werden können, geht nach Angaben des Geschäftsführers der Ausbau von integrierten Leitstellen zügig voran. Erst wenn diese Kraftakte erledigt seien, werde das Rote Kreuz auf die fünfstelligen Ziffern verzichten. Dies ist für Heinz in vier bis fünf Jahren der Fall. In der Zwischenzeit gilt für ihn, dass „das DRK nicht an dieser Nummer klebt. Aber ein Verzicht auf sie darf zu keiner Verschlechterung für die Bevölkerung führen.“ (G. Schertler, Stuttgarter Nachrichten)